

Memorandum 2017

Unsere Verantwortung für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Für eine sozial-ökologische Transformation zu einem nachhaltigen Wirtschaften

Kurzfassung

Wir legen dieses Memorandum vor, um eine Debatte über die Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation anzustoßen, die die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft sicherstellt.

Wenn sich die heute lebenden Generationen weigern, entschlossen im Interesse eines menschenwürdigen Lebens für die Mit- und Nachwelt zu handeln, käme dies einem moralischen Versagen gleich, für das es in diesem Ausmaß in der Geschichte der Menschheit kein Beispiel gäbe. Denn zum ersten Mal ist die Zivilisation als Ganzes gefährdet. Ausflüchte und Selbstgefälligkeit dürfen wir uns nicht leisten, weder auf nationaler noch auf globaler Ebene.

Unter Transformation verstehen wir einen gesellschaftlichen Prozess, der die heutige nicht zukunftsfähige Wirtschaft zum nachhaltigen Wirtschaften umbaut. Die volle Tragweite unveränderter Trends der Naturzerstörung und des Klimawandels werden erst in einigen Jahrzehnten die Menschheit mit voller Wucht treffen, wenn es zum Handeln zu spät ist. Nach bester wissenschaftlicher Erkenntnis steht fest: Die Menschheit überschreitet bereits heute in vier von neun Dimensionen planetare Grenzen, z.B. bei der Zerstörung der Artenvielfalt und beim Vorantreiben des Klimawandels. Die wichtigste Erkenntnis: die Menschheit lebt heute in einem neuen Zeitalter, in dem sie die Natur erstmals verändern und vernichten kann – dem Anthropozän. Damit tritt sie in einen Abschnitt ein, für den in den letzten Millionen Jahren keine Entsprechung zu finden ist. Es wird zur alltäglichen Realität, was seit vier Jahrzehnten befürchtet wird: Wir erreichen die ökologischen Grenzen des Wachstums, denn die Erde ist ein endliches System sowohl in der Belastbarkeit der Ökosysteme als auch in der Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen.

Die Menschheit steuert bei unveränderten Trends auf einen verhängnisvollen Kipppunkt zu, der schon bald eintreten kann. Schon heute machen wir vor allem die ärmsten Weltregionen zu Opfern des Klimawandels. Das Zusammenspiel von Klimaveränderungen, Wasserverknappung, sozialer Ungleichheit, militärischer Konflikte, Flüchtlingsströmen und weiterem Bevölkerungswachstum führt zu einer katastrophalen Entwicklung, die jenseits unserer Vorstellungskraft liegt. Handeln wir nicht heute, werden auch die größten Anstrengungen künftiger Generationen nicht ausreichen, um desaströse Einbrüche zu verhindern. In dieser Welt wird es keine „grünen Oasen des Wohlstands“ mehr geben können.

Unsere Botschaft ist: Eine risikofreiere, bessere Zukunft liegt in unserer Hand. Wollen wir handlungsfähig bleiben, müssen wir mehr Demokratie wagen und Gerechtigkeit verwirklichen – national, in der Europäischen Union und weltweit. Dabei können reiche Länder wie Deutschland noch die dringend erforderliche Vorreiterrolle beim Handeln einnehmen.

Uns geht es um das Notwendige, das machbar werden muss und nicht um das scheinbar nur Machbare, das aber weit hinter dem Notwendigen zurückbleibt. Tatsächlich eröffnet unsere Zeit große wirtschaftliche und technische Potenziale für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft.

Der kategorische Imperativ unserer Zeit heißt: Es ist ein Gebot von Aufklärung, Vernunft und Verantwortung, die Demokratie zu stärken, neue Antworten zu finden und Nachhaltigkeit zu verwirklichen, ohne die großen Errungenschaften der europäischen Moderne zu verspielen, insbesondere die Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und Emanzipation.

Die Menschheit kann die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit der heutigen Art des Wirtschaftens nicht bewältigen. Daher muss uns in den nächsten Jahrzehnten der Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschaft gelingen. Das sind der Kern und die Triebkraft einer sozial-ökologischen Transformation.

Eine entscheidende Voraussetzung für die sozial-ökologische Gestaltung der Transformation ist der gestaltende Staat, eine starke Zivilgesellschaft, eine polyzentrische Governance, mehr Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen. Dafür sind politische und rechtliche Leitplanken notwendig, ohne die es keine gute und gerechte Zukunft geben wird. Unsere Gesellschaft darf die Zukunft nicht nationalistischen oder extremistischen Bewegungen überlassen. Sie braucht die Bereitschaft zu Reformen.

Die Unterzeichner haben sich auf folgende **zehn Kernforderungen verständigt, die in der nächsten Legislaturperiode** bereits umgesetzt, zumindest aber auf den Weg gebracht werden müssen. Sie richten sich in erster Linie an die Bundespolitik, sie sollen aber auch eine prägende Kraft in der Europäischen Union und weltweit entwickeln. Damit fordern wir, dass die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (Sustainable Development Goal, SDGs) umgesetzt werden.

1) Die Dekarbonisierung der Wirtschaft zum Schutz des Klimas, der Natur und der Menschheit

Bis 2050 muss eine 100-Prozent-Versorgung mit Erneuerbaren Energien eine nachhaltige Energieversorgung gewährleisten. Hierzu fordern wir als Zwischenziele einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 und eine Umstellung der fossilen Mobilität bis 2035, die durch eine Effizienzrevolution, die Abschaffung aller nicht-nachhaltigen Subventionen, Bonus-Malus-Anreizsysteme, ökologische Steuerreform sowie ordnungsrechtliche Instrumente gefördert werden.

2) Erneuerbare und Nicht-Erneuerbare natürliche Ressourcen dauerhaft schützen

Im Rahmen des Umbaus zum nachhaltigen Wirtschaften muss sichergestellt werden, dass nicht mehr erneuerbare Ressourcen verbraucht werden als entstehen. Der Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen muss stetig gesenkt und absolut von der wirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt werden. Hierzu bedarf es politisch-rechtlicher Instrumente wie Ressourcensteuern oder Bonus-Malus-Anreizsysteme, die den Verbrauch senken und die Kreislaufwirtschaft sowie eine Bioökonomie fördern.

3) Eine ökologische Landwirtschaft und die Vitalisierung des ländlichen Raums

Weder in der EU noch in unserem Land wird die Landwirtschaft ökologischen Kriterien gerecht. Wir fordern einen Ausstieg aus den Agrarfabriken, eine massive Verringerung des Stickstoffeintrags, die Stärkung der ökologisch-nachhaltigen Landwirtschaft, eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik und eine Orientierung am Erhalt der Kulturlandschaft, der Biodiversität und des Tierwohls.

4) Ein umfassendes sozial-ökologisches Investitions- und Innovationsprogramm der öffentlichen Hand

Mithilfe eines Sonderprogramms des Bundes sollen vor allem die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Mittel in den Ausbau der Kinderbetreuung, der Schulen und Hochschulen, der Familien sowie anderer Dienste im Jugend-Bildungs-, Gesundheits- und Pflegedienst um mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Zudem brauchen wir ein Förderprogramm für eine ökologische Infrastruktur, in der es nicht um die Sanierung der bestehenden, sondern zur grundlegenden Modernisierung der öffentlichen Dienstleistungen kommt. Auch deshalb darf es nicht zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben kommen.

5) **Stärkung und Sanierung der Staatsfinanzen - auch zur Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit**

Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit durch eine Reform des Steuersystems, das eine gerechtere Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie eine ökologische Finanzreform beinhaltet. Dazu müssen die Höchstsätze für die Einkommensteuer angehoben werden, die Freigrenzen für die Erbschaftssteuer gesenkt und Öko-Steuern auf fossile Energien und Produkte eingeführt werden, deren konkrete Höhe sich am Carbon-Footprint orientiert. Zudem müssen ökologisch und sozial schädliche Subventionen überprüft und abgebaut werden.

6) **Regulierung der Banken und des Finanzsektors – er muss dienen statt beherrschen**

Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer, bei der die EU eine Vorreiterrolle übernehmen sollte, Einführung von Nachhaltigkeitskriterien für Kapitalanlagen und die Austrocknung von Steuererosen sowie die deutliche Erschwerung der Kapitalflucht.

7) **Steuerung des Arbeitsmarktes nach den Bedürfnissen der Beschäftigten**

Hierzu sollte schrittweise der Mindestlohn erhöht, die Leiharbeit massiv eingeschränkt, neue Formen der Wirtschaftsdemokratie eingeführt und prekäre Beschäftigungsverhältnisse beschränkt werden.

8) **Grundlegende Reform des Aktienrechts sowie der Geld-, Finanz- und Währungspolitik**

Um den Wachstumszwang und das Gewinnmaximierungsprinzip zu mindern, wird eine (Wieder-) Aufteilung der Aktien in Namens- und Inhaberaktien oder die Umwandlung der Aktiengesellschaften in Stiftungen gefordert. Weiterhin sollte in einem neuen Aktiengesetz eine Bindung der Vorstände an zentrale wirtschaftspolitische Ziele wie Beschäftigung und Transformation zum nachhaltigen Wirtschaften aufgenommen werden.

9) **Chancengleichheit in Leben und Arbeit sowie Sicherung menschenwürdiger Standards für Alle**

Im Rahmen eines umfassenden Investitionsprogramms soll auch auf die Erhöhung der Standards in Bildung und Ausbildung, in der Chancengleichheit der Geschlechter sowie der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund geachtet werden. Zur Sicherung menschenwürdiger Standards bei Krankheit, Alter, Pflege und Arbeitslosigkeit wird die Einführung einer Bürgerversicherung gefordert.

10) **Stärkung der Kommunen**

Wir fordern eine Stärkung der Kommunen als gestaltende Kraft. Sie können zu Stätten der Hoffnung werden, weil sie ein wichtiger Ausgangspunkt sind, mehr Demokratie zu verwirklichen und Alternativen für ein gutes Leben und eine Generationengerechtigkeit zu entwickeln.

Die Unterzeichner sehen keine Alternative zu einer sozialen und ökologischen Gestaltung der Transformation hin zu einem guten Leben und zum nachhaltigen Wirtschaften. Diese Transformation braucht völlig neue ökologisch und sozial verträgliche Produkte und Produktionsverfahren sowie gerechte Gesellschaftsstrukturen. Das ist die Leitidee für einen neuen umwelt- und sozialverträglichen Fortschritt. Der Transformationsprozess benötigt eine Stärkung der Politik und der Governance: mehr Solidarität, Demokratie, Partizipation und Partnerschaft in einer verantwortlichen Freiheit. Notwendig sind dafür Leitplanken, die mit Hilfe politisch-rechtlicher Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung der Menschheit sorgen und sich auch in der Stärkung der Gestaltungskraft des öffentlichen Sektors ausdrücken.

Die Unterstützer dieses Memorandums eint die Überzeugung, dass von Deutschland und vom vereinten Europa eine Politik der Hoffnung für einen *neuen sozial-ökologischen Fortschritt* ausgehen kann. Auch deshalb wollen wir, dass der Vereinigungsprozess in Europa weitergeht und dass deutsche Politik ihn mit zukunftsfähigen und solidarischen Initiativen vorantreibt.

Wir haben den Optimismus und die Vorstellungskraft, dass noch eine grundlegende Lösung für die Zukunft der Menschheit möglich ist. Aber die Zeit für eine Wende wird knapp.

Wir brauchen die sozial-ökologische Transformation nicht in ferner Zukunft, sondern mit energischen Schritten jetzt!

Die Lang- und Kurzfassung entstand in einem intensiven Diskussionsprozess mit vielen KollegInnen im Umfeld der Gesellschaft für Nachhaltigkeit und des Netzwerks Nachhaltige Ökonomie. Für die vorgelegte Endfassung übernimmt das Redaktionsteam die Verantwortung (Holger Rogall, Michael Müller und Peter Hennicke).

ErstunterzeichnerInnen:

Prof. Dr. Georg Stephan Barfuß (TH Ingolstadt),

Prof. Dr. Sigrid Betzelt (HWR Berlin),

Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup (Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik und Direktor des Westfälischen Energieinstituts),

Prof. Dr. Ulrich Brand (Universität Wien),

Prof. Dr. Jochen Breinlinger-O'Reilly (HWR Berlin),

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin der Justiz a.D.),

Dr. Sascha Dietrich (Umweltjurist, Berlin),

Hans Eichel (Bundesminister der Finanzen a.D.)

Prof. Dr. Ulrich Förstner (ehem. Leiter des Inst. für Umwelttechnik & Energiewirtschaft der TU Hamburg),

Prof. Dr. Jürgen Freimann (Universität Kassel),

Prof. Dr. Felix Fuders (Director Instituto de Economía, Universidad Austral de Chile),

Prof. Dr. Maximilian Gege (Vorsitzender B.A.U.M. e.V.)

Prof. Dr. Anja Grothe (HWR Berlin),

Wolfgang Guhle (Mitgl. Umweltnormung des DIN, Hamburg),

Prof. Dr. Ingomar Hauchler (Ökonom, Hamburg),

Dr. Martin Held (Gesprächskreis Die Transformateure),

Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel (Inst. für Sozialstrategie, Laichingen),

Prof. Dr. Peter Hennicke (Mitgl. Club of Rome, ehem. Präsident Wuppertal Institut),

Prof. Dr. Gustav Horn (Uni Duisburg-Essen),

Prof. Dr. Pierre L. Ibisch (Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde)

Prof. Dr. Martin Jänicke (Gründungsdirektor FFU Berlin),

Prof. Dr. Lorenz Jarrass (University of Applied Sciences Wiesbaden),

Thomas Jorberg (Vorstandssprecher GLS Bank),

Prof. Dr. Bert Kiel (FH Münster),

Dr. Therese Kirsch (Dozentin für Logistik und Nachhaltiges Wirtschaften an der FH Münster),

Prof. Dr. Stefan Klinzki (HWR Berlin),

Prof. Dr. Karl Kollmann (Wirtschaftsuniversität Wien),

Prof. Dr. Rolf Kreibich (Zukunftsforscher, Berlin),

Prof. Dr. Tobias Kronenberg (HS Bochum),

Prof. Dr. Christine Lacher (HAW Hamburg),

Prof. Dr. Georg Lämmlin (Evangelische Akademie Bad Boll),

Prof. Dr. Dirk Löhr (Hochschule Trier),

Dr. Hans-Joachim Maaz (Choriner Institut für Tiefenpsychologie und psychosoziale Prävention),

Prof. Dr. Nina Michaelis (FS Münster),

Prof. Dr. Gerd Michelsen (Leuphana Uni Lüneburg),

Prof. Dr. Mohssen Massarrat

Michael Müller (Staatssekretär a.D. BMU, Bundesvorsitzender Naturfreunde Deutschland),

Dr. Joachim Nibbe (Umweltgutachterausschuss (UGA), Bremen),

Prof. Dr. Kai Niebert (Präsident des Deutschen Naturschutzrings),

Prof. Dr. Tobias Popović (Zentrum für Nachhaltiges Wirtschaften und Management, HFT Stuttgart),

Prof. Dr. Holger Rogall (Direktor des Instituts für Nachhaltigkeit der HWR Berlin),

Prof. Dr. Thomas Sauer (Ernst Abbe HS Jena),

Prof. Dr. Stefan Schaltegger (Leuphana Uni Lüneburg),

Kai Schlegelmilch (Vors. des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft),

Prof. Dr. Maike Sippel (HTWG Konstanz),

Jörg Sommer (Vorstandsvorsitzender Deutsche Umweltstiftung),

Prof. Dr. Frank Stolze (Hochschule Ostwestfalen-Lippe)

Prof. Dr. Christina Teipen (HWR-Berlin)

Prof. Dr. Wiltrud Terlau (Internationales Zentrum für Nachhaltige Entwicklung, HS Bonn-Rhein-Sieg),

Prof. Dr. rer. pol. Achim Truger (HWR Berlin),

Prof. Dr. Michael von Hauff (Universität Kaiserslautern),

Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker (Umweltwissenschaftler),

Prof. Dr. Hubert Weiger (Vorsitzender des BUND Deutschland),

Prof. Dr. Klaus Werk (Stv. Vorsitzender des Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz),

Prof. Dr. Hans-Ulrich Zabel (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg),

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat).

LANGFASSUNG (Begründungszusammenhang)

I. Im 21. Jahrhundert: Existentielle Risiken der globalen Gesellschaft erfordern ein verantwortungsvolles und nachhaltiges Wirtschaften

Es ist Zeit für einen Richtungswechsel. Natur, Wirtschaft und Gesellschaft werden durch vielfältige, miteinander verwobene und zunehmend bedrohliche Risiken geprägt. Dadurch ergeben sich globale, europäische und auch in unserem Land existenzgefährdende Krisen, wenn heute nicht gegengesteuert wird. Die Gefahren sind in den drei Nachhaltigkeitsdimensionen bereits messbar, fühlbar, sichtbar:

Die ökologische Dimension

Der Mensch verändert die Erde immer schneller - stärker als es jemals durch natürliche Prozesse geschehen ist. In vier von neun Dimensionen werden bereits *planetare Grenzen*, die für das Leben der menschlichen Zivilisation essentiell sind, überschritten¹. Damit ist die industrielle Zivilisation zum stärksten Treiber geo-ökologischer Prozesse aufgestiegen. Wir leben im neuen Zeitalter des *Anthropozän*. Durch die Überlastung und Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen entsteht eine naturzerstörende *Geologie der Menschheit*². Die Evolution wird in neue Bahnen gezwungen, die Welt wird zu einer zerbrechlichen Einheit. Zu den dringlichsten Gefahren gehören:

- die zunehmende Klimaerwärmung;
- die Zerstörung und Überlastung von Böden, Ökosystemen und Artenvielfalt;
- die Übernutzung erneuerbarer Ressourcen;
- der Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen;
- die Risiken für Mensch und Natur durch chemische Schadstoffe und radioaktive Strahlung.

Die ökonomische Dimension

Heute prallen zwei Epochen aufeinander und verstärken sich in den Risiken wechselseitig: die nationalstaatlichen, renditegesteuerten Wachstumsgesellschaften und die globale Entgrenzung von Zeit und Raum durch den weltweiten Finanzkapitalismus. Viele Entwicklungsländer haben ihre Armut bis heute nicht überwunden, über eine Milliarde Menschen im globalen Süden und Norden unterliegen der absoluten oder relativen Armut. Die osteuropäischen Zentralverwaltungswirtschaften sind gescheitert. Die Vermögenskonzentration in den Industrie- und Schwellenländern hat obszöne Ausmaße erreicht und nimmt weiter zu. Politik und Finanzwirtschaft haben die öffentliche Verschuldung in einen Zustand getrieben, der die Handlungsfähigkeit des Staates z.B. in der Sozial- und Bildungspolitik, aber auch der öffentlichen Wirtschafts- und Investitionspolitik ernsthaft in Frage stellt.

Die sozialen und ökologischen Folgen der heutigen Art des Wirtschaftens sind auf tragisch ungerechte Weise auf die verschiedenen Regionen und Gesellschaftsschichten verteilt. Sie richten bisher die größten Schäden in den ärmsten Ländern der Erde an (z. B. bei der Klimaerwärmung), aber auch zunehmend bei sozial schwachen und ausgegrenzten Schichten in reichen Industrieländern wie Deutschland (z. B. durch Verlust an Lebensqualität). Die Armen im globalen Süden wie in globalen Norden treffen die Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung und -verschmutzung mit besonderer Wucht.

¹ Rockström, J. et al. (2009): A safe operating space for humanity. In: Nature. Zu mindestens in den folgenden Bereichen sind die planetaren Grenzen des Wachstums bereits überschritten: (1) CO₂-Konzentration in der Atmosphäre oder Strahlungsantrieb (W/m²), (2) Aussterberate (Anzahl Arten pro Million Arten pro Jahr), (3) biogeochemische Kreisläufe (N / P) (anthropogener Stickstoff entfernt aus der Atmosphäre (Millionen Tonnen/Jahr) / anthropogener Phosphoreintrag in die Meere (Millionen Tonnen/Jahr); (4) Landfläche umgewandelt in Ackerland (%).

² Crutzen, P. (2002): The geology of mankind. In: Nature, Band 415.

Mit der „Entbettung“ der Ökonomie aus gesellschaftlichen Bindungen³ werden die ökologischen Grenzen des Wachstums überschritten und die Mindeststandards des sozialen Ausgleichs in Frage gestellt. Zu den größten Herausforderungen gehören:

- hohe Defizite bei staatlichen Investitionen und Innovationen in Mangelbereichen, z. B. Bildung, Infrastruktur, Gesundheits- und Altersvorsorge, nachhaltiger Umbau im Energie-, Mobilitäts-, Agrar- und Ressourcensektor;
- die ungleiche Verteilung von Einkommen, Vermögen, Partizipations- und Lebenschancen und das wachsende Missverhältnis von „öffentlicher Armut“ und „privatem Reichtum“;
- die bedrohliche Instabilität der Geld- und Kapitalmärkte durch fehlende Regulierung und überschießende Geldanlagen;
- die „Missachtung“ menschlicher Potenziale für ein tätiges Tun in und für die Gesellschaft, Übernutzung und prekäre Beschäftigung im Niedriglohnssektor;
- die destruktive Form öffentlicher Verschuldung zulasten künftiger Generationen, u. a. durch die fiskalische Fehlsteuerung z. B. die Steuergeldverwendung für Ausgaben und Subventionen für umweltschädliche Aktivitäten und die unzureichende Internalisierung externer Umweltschadenskosten durch zu geringe Besteuerung solcher Aktivitäten.

Die vorherrschende ökonomische Doktrin des Wirtschaftsliberalismus verschärft die Probleme. In wesentlichen Bereichen, wie z. B. bei der Umwelt-, Finanz- und Armutskrise, haben die Vertreter dieser neoliberalen Ideologie die Probleme mit geschaffen. Obgleich die marktradikalen Wirtschaftsdoktrinen sich als untauglich für Problemlösungen und für ein zukunftsfähiges Wirtschaften erwiesen haben, beherrschen sie bis heute als Mainstream die ökonomischen Fakultäten und Beratergremien.

Aber auch ein Zurück zu den alten Konzepten von Fortschritt und Wachstum kann es nicht mehr geben. Sie gehen von der verengten Idee einer Linearität aus, einer „ständigen Vorwärtsbewegung der Gesellschaft“ durch neue Techniken und Produkte, ohne die Grenzen und Endlichkeit der Erde zu beachten. Wir halten fest an der europäischen Grundidee der Emanzipation, aber sie darf dem wirtschaftlichen Wachstum nicht untergeordnet werden.

„Oppositionelle“ Denkschulen haben sich mit unterschiedlichen methodischen und thematischen Schwerpunkten als „nachhaltige“, „keynesianische“, „plurale“, oder „marxistische“ Ökonomie herausgebildet. Aber eine Zusammenführung dieser „Schulen“ zu einer hegemonialen Kritikbewegung am herrschenden Neoliberalismus durch eine sozial-ökologische (nachhaltige) Wirtschaftslehre hat noch nicht stattgefunden. Das sollte sich ändern: Angesichts der mangelnden Problemlösungsrelevanz ist es überfällig, die in den 1980er Jahren begonnene marktradikale Epoche in Lehre und Politik zu beenden.

Die sozial-kulturelle Dimension

Neben den ökologischen und ökonomischen Gefahren in diesem Jahrhundert werden sozial-kulturelle Entwicklungen offensichtlich. Soziale Spaltung, die Gefährdung der Demokratie und der Zerfall ethischer Maßstäbe nehmen zu. Diese oftmals selbstverursachten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen haben zu reaktionären Gegenbewegungen geführt, nicht nur in den USA, sondern auch in einzelnen Ländern Europas und in Deutschland. Dahinter stehen auch die ungelösten Probleme der Ausgegrenzten und Wütenden in den „Rust belts“ - in den durch maximales Renditestreben und Marktradikalismus zerstörten Wirtschafts- und Sozialstrukturen. Sie bringt Autokraten und Milliardäre an die Macht, die die gesellschaftliche Spaltung durch Nationalismus, Rassismus und scheinbare Kritik am „Establishment“ vorantreiben. Das höhlt die Demokratie, die Gewaltenteilung, den Sozial- und Rechtsstaat aus und fördert autoritär-nationalistische Bewegungen.

Diese Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Politik, die soziale Unsicherheit, die mangelnde innere und äußere Sicherheit (gewaltsame Konflikte) und Risikotechnologien mit unübersehbaren Fernwirkungen

³ Polanyi, K. (1944): The Great Transformation. New York.

(wie z. B. die Atomenergie, die Gentechnik, der fossile Industriekomplex) verunsichern viele Menschen und werden zur Gefahr für den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Zu den dringlichsten Herausforderungen zählen:

- die unzureichende Sicherung menschenwürdiger Standards bei Krankheit, Alter, Pflege, Arbeitslosigkeit sowie in Ausbildung und Kultur;
- die Zunahme von Intoleranz, Hass und Gewalt durch Ausgrenzung, Verrohung und Spaltung in und zwischen Gesellschaften;
- Chancenungleichheit der Geschlechter, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund;
- tiefgreifende kulturelle und soziale Folgen durch die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, die Entsolidarisierung, das Konkurrenzdenken, die Profit- und Konsumfixierung.

Die Unterzeichner verbindet daher die Einsicht, dass die Menschheit im 21. Jahrhundert vor *menschgemachten Risiken* steht, aus denen Katastrophen erwachsen können, die ein friedliches und menschenwürdiges Leben auf der Erde gefährden. Es ist sogar denkbar, dass die expansiven Produktions- und Konsumweisen zur „Selbstvernichtung der Menschheit“ (Siegfried Lenz) führen können: „Wie viel trägt und erträgt er noch, der alte, der ramponierte Planet? Und wenn wir an den Frieden denken, zu dem auch Sattsein und Warmsein gehören: Wie vielen wird (...) die Hoffnung auf ein friedliches Leben bleiben?“⁴.

In Deutschland darf die derzeit relative Stabilität der Wirtschaft nicht darüber hinwegtäuschen, dass das vorherrschende Modell des Kapitalismus global und national an soziale und ökologische Grenzen gestoßen ist. Kriege, Unruhen und Millionen von Flüchtlingen rücken näher. Auch in der EU gibt es bedrohliche Prozesse der Delegitimierung der Demokratie. Sie werfen die Frage auf, ob und ggfls. wie deutsche Politik, Außenwirtschaft und maßloser Konsum diese Krisenherde mitverursacht haben. Und sie machen klar, dass Krisenfolgen vor nationalen Grenzen nicht Halt machen. Selbst in den (noch) relativ abgesicherten Mittelschichten wächst die Sorge um die Gefährdung des Wohlstands. „Es ist ein Wohlstand auf Abruf“.⁵

II. Unser Weg: Eine sozial-ökologische Transformation

Die Menschheit steht an einer Weggabelung. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und damit Schauplatz der Gestaltung der erneuten „Großen Transformation“⁶ zum nachhaltigen Wirtschaften, oder es wird ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe, neuer Gewalt und von Klima- und Armutsflüchtlingen. Die sozial-ökologische Gestaltung der „Großen Transformation“ hat ein zentrales Ziel: Gut und gerecht leben innerhalb der Grenzen des Planeten. Produktion und Konsum dürfen die natürliche Tragfähigkeit nicht dauerhaft übersteigen.

Wir können den vorherrschenden verhängnisvollen Kurs ändern, wenn in Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft die Einsicht zunimmt, dass ein „weiter so“ unmöglich ist. Und wenn gleichzeitig die Bereitschaft wächst, vorhandene Alternativen des nachhaltigen Wirtschaftens mutig umzusetzen. Dieser Kurs soll sich an inter- und intragenerationeller Gerechtigkeit orientieren und neben der ökologischen und sozial-kulturellen explizit auch die ökonomische Nachhaltigkeit einbeziehen.⁷ Dieser Transformationsprozess zum nachhaltigen Wirtschaften ist wegen der Überschreitung der planetaren Grenzen, aber auch wegen religiös-fundamentalistischer und politischer Fehlentwicklungen sowie wegen der Aushöhlung der sozialen Demokratie unverzichtbar.

⁴ Lenz, S. und Detering, H. (Hrsg.) (2014): Gelegenheit zum Staunen – Ausgewählte Essays. Ursprgl.: Börsenverein des Deutschen Buchhandels. Preisverleihung 1988 an Siegfried Lenz. Am Rande des Friedens. Frankfurt am Main.

⁵ Oliver Nachtwey im Interview mit Stephan Kaufmann (12.03.2017), In: Berliner Zeitung.

⁶ WBGU (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltfragen.

⁷ Vgl. hierzu grundlegend Tremmel, J. (2013): Eine Theorie der Generationengerechtigkeit, Münster 2012.

Die Unterstützer dieses Memorandums eint die Überzeugung, dass von Deutschland und vom vereinten Europa eine Politik der Hoffnung für einen *neuen sozial-ökologischen Fortschritt* ausgehen kann. Auch deshalb wollen wir, dass der Vereinigungsprozess in Europa weitergeht und dass deutsche Politik ihn mit zukunftsfähigen und solidarischen Initiativen vorantreibt.

Die hier skizzierte sozial-ökologische Transformation zum nachhaltigen Wirtschaften⁸ ist keine unerreichbare Utopie. Mit unzähligen guten Beispielen in Projekten und Initiativen ist sie weltweit - in Gemeinden und Städten sowie Regionen und Ländern - bereits im Gang.

Voraussetzung für den Transformationsprozess ist jedoch eine **integrierte** Analyse und die Entwicklung von Konzepten für die **gemeinsame Eindämmung** der sozialen **und** ökologischen Gefahren. Ein innovativer und gesamtwirtschaftlich wirksamer Schritt wäre die Anhebung der schwächelnden deutschen Investitionsquote durch **ein grünes Zukunfts-Infrastrukturprogramm**, das die Wettbewerbsfähigkeit auf den grünen „Leitmärkten der Zukunft“⁹ (Energie- und Ressourceneffizienz, nachhaltige Mobilität, erneuerbare Energien, Landwirtschaft sowie Abfall- und Wassermanagement) stärkt. Dazu gehören z. B. die Förderung eines nachhaltigen Mobilitätssystems, der Umbau weg von der auto-dominierten Stadt, die ökologische Modernisierung des Gebäudebestandes, der ökologische Stadtumbau und ein Ressourceneffizienzprogramm zur Senkung des hohen Materialkostenanteils im verarbeitenden Gewerbe.

Auch kreditfinanzierte staatliche Anschubfinanzierung wäre hierfür sinnvoll, weil die hierdurch induzierten privaten Investitionen und Innovationen einen hohen Multiplikatoreffekt aufweisen und insofern mittel- und langfristig in Bezug auf die öffentlichen Haushalte zu einem weitgehenden Selbstfinanzierungseffekt führen. Auch aus diesem Grund macht eine allgemeine, sogenannte „Schuldenbremse“ keinen Sinn, weil Innovations- und Zukunftsqualität staatlicher Ausgaben dabei vernachlässigt werden.

Mit einem Wort: Die Ökologie ist kein Jobkiller, mit der Ökologie kommt Europa rascher aus der Wirtschaftskrise. Der ökologische Umbau und eine naturverträgliche Modernisierung ist die wirksamste, wirtschaftliche Langfristpolitik. Klimaschutz und Energiewende sind derzeit die herausragenden Treiber eines sozial-ökologischen Umbaus und wirtschaftlichen Strukturwandels. Da jedoch dieser von Staat und Politik beschleunigte klima- und ressourcenschonende Strukturwandel einerseits Risikobranchen (z. B. fossile Energieträger) und deren Arbeitsplätze reduziert, andererseits „grüne“ Zukunftsbranchen (z. B. Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Bildung und Forschung) beschleunigt wachsen, ist eine flankierende vorsorgende Industrie- und Dienstleistungspolitik in Hinblick auf „Gewinner“ und „Verlierer“ notwendig, um neue Jobs und grüne Geschäftsfelder zu fördern. Gesamtwirtschaftliche Studien belegen, dass zumindest mittelfristig hierdurch Win-Win-Effekte (Steigerung der Investitionsquote, nachhaltige Innovationen, neue grüne Geschäftsfelder, mehr Arbeitsplätze, weniger CO₂-Emissionen, Entkoppelung von „qualitativem“ Wachstum und Naturverbrauch) möglich sind.¹⁰

Dabei wird es jedoch bei dem sozial-ökologischen Transformationsprozess wie bei jedem Strukturwandel auch zu Zielkonflikten kommen. Negativ betroffene Sektoren darf der Staat nicht sich selbst überlassen. Stattdessen müssen durch flankierende und vorausschauende regionale Industrie- und Dienstleistungspolitik Diversifizierung und neue wirtschaftliche Dynamiken angestoßen und gefördert werden. Die im Jahr 2016 neugefasste Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bleibt weit hinter diesen Erfordernissen zurück. Sie muss grundlegend überarbeitet werden, damit die notwendigen Instrumente eingeführt und wirksam umgesetzt werden.

⁸ Die international diskutierten Konzepte wie z.B. „Green and Inclusive Economy“ oder auch „Resource Efficient Economy“ und „Circular Economy“ gehen von einem pragmatischen, technisch-sozioökonomischen Systemverständnis aus. Bei einer „sozial-ökologischen Transformation“ ergeben sich sowohl Schnittmengen, als auch unterschiedliche Bewertungen mit Bezug auf diese Konzepte, die hier nicht ausgeführt werden können.

⁹ BMUB (Hrsg., 2015): GreenTech made in Germany 4.0, Roland Berger Strategy Consultants. Berlin.

¹⁰ Stellvertretend seien hier genannt: Carlo Jäger et al, *A_New_Growth_Path_for_Europe__Synthesis_Report.pdf* sowie Cambridge Econometrics, *'New Era. New Plan. Europe. A fiscal strategy for an inclusive, circular economy'*.

III. Leitbild und Ziele

Ein zukunftsfähiges Wirtschaften benötigt im Zeitalter der Globalisierung sozial-ökologische Leitplanken, um - eingebettet in ein starkes Europa - vorhandene Handlungsspielräume zu nutzen und zu erweitern. Vor diesem Hintergrund fordert dieses Memorandum eine grundlegende sozial-ökologische Transformation, dessen Kernbereich ein nachhaltiges Wirtschaften ist.

Fernziel ist dabei eine von Ausbeutung von Menschen und Natur freie Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ob und inwieweit ein gezähmter und demokratisch kontrollierter Kapitalismus damit vereinbar ist, wird die Zukunft zeigen. **Nahziel** ist die Entwicklung von Lösungsstrategien, die auf das Fernziel hinwirken, aber gleichwohl politisch anschlussfähig und kurzfristig umsetzbar sind und die den Gestaltungsspielraum auch der nationalen Politik gegenüber der Globalisierung erweitern. Das *Leitziel des nachhaltigen Wirtschaftens* schließt insofern weltweite und europäische sowie nationale, regionale und kommunale Ebenen mit ein:

- weltweite Schaffung von hohen ökonomischen, ökologischen und sozial-kulturellen Standards in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit der Erde (Einhaltung der „planetaren Grenzen“);
- Anerkennung, dass nachhaltiges Wirtschaften gerade in führenden Industrieländern wie in Deutschland beginnen muss;
- Durchsetzung intra- und intergenerativer Gerechtigkeit auf kommunaler, nationaler wie internationaler Ebene;
- Stärkung der Städte, von denen in der europäischen Geschichte die republikanischen Bewegungen ausgegangen sind und die zum Gegengewicht der marktgesteuerten Globalisierung werden können;
- Vitalisierung der ländlichen Regionen durch eine Stärkung der bäuerlichen Wertschöpfung, auch durch ein Ende der Massentierhaltung und der Ausbeutung osteuropäischer Landarbeiter.

Transformationsprozesse zu einem nachhaltigen Wirtschaften erfordern eine *sozial-ökologische Reform- und Umverteilungsstrategie*. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn sie gerecht ist. Angesichts der Überschreitung der planetaren Grenzen spitzt sich die Gerechtigkeitsfrage weiter zu, weil der ökologische Raubbau die ohnehin Ärmsten und Ausgegrenzten zusätzlich belastet. Die Transformation hat daher das gemeinsame und untrennbare Ziel, die Ausbeutung der Natur und der Menschen zu beenden, ohne die ökologische Tragfähigkeit zu überlasten. Das Ziel ist eine Welt, die weder „Mangel noch Überfluss“ (Erich Fromm) kennt.

Schritte zu dieser „konkreten Utopie“ (Ernst Bloch) werden häufig durch gesellschaftliche Bewegungen und durch zivilgesellschaftliche Impulse sowie durch die Vielfalt sozialer Innovationen angestoßen, die neue politische Denkhorizonte eröffnen.¹¹ Es wäre aber aus der Sicht dieses Memorandums eine fatale Illusion, sich die notwendige „große sozial-ökologische Transformation“ als eine Art Schneeballeffekt aus vielfältigen dezentralen gesellschaftlichen Initiativen vorzustellen und die Rolle des Staates und der Politik zu unterschätzen. Zweifellos bedarf ein grundlegender ökologischer Umbau und sozial-ökonomischer Strukturwandel durch einen aktiv „gestaltenden Staat“, wobei die Gestaltungsfähigkeit und Gestaltungsrichtung aus der Stärkung der Zivilgesellschaft, der polyzentrischen Governance und der Demokratie erwächst.

Auch in dieser Hinsicht kann Deutschland zum Vorreiter eines politisch gestalteten Transformationsprozesses zum nachhaltigen Wirtschaften werden, wobei gleichzeitig die Abstimmung mit den EU-Partnern und anderen globalen Regionen gesucht werden muss. Den Referenzrahmen liefert hierzu die Energiewende, die in den 1980er Jahren aus sozialen Kämpfen gegen die Atomenergie und als zivilgesellschaftliches Projekt einer kleinen Minderheit entstanden und heute – wenn auch unzureichend - offizielles Leitziel aller Bundesregierungen geworden ist.

¹¹ Auch wenn trotz ihrer Dringlichkeit manche Ziele in einer Legislaturperiode nicht erreichbar sind.

In Hinblick auf das Zusammenwirken von sozialer Bewegung und staatlichem Handeln gibt kein gesellschaftliches Projekt in Deutschland (mit Ausnahme der Zusammenführung der beiden deutschen Staaten), das eine vergleichbare positive Faszination ausübt. Die Energiewende ist quasi der Lackmuestest für die Reformfähigkeit nationaler Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Zeitalter der Globalisierung. Gelingt die Energiewende, dann ist ein entscheidender Schritt zur sozial-ökologischen Transformation erreicht und ein wesentlicher Impuls für eine globale Energiewende erfolgt.

IV. Die Eigentumsfrage in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Der Marktmechanismus und die derzeitigen Eigentumsverhältnisse, d. h. die prinzipiell nur durch gesetzliche Vorgaben begrenzte private Verfügungsgewalt über Produktiv- und Finanzkapital und dessen maximale Verwertung, bildet den Kern für die Dynamik sowie für den „Drang und Zwang“¹² zu Wachstum und Verwertung der heutigen Ökonomien. Von diesem „Privatkapitalismus“ gibt es viele Varianten mit mehr oder weniger staatlicher Regulierung (z. B. die Sozialstaaten Nordeuropas versus den wirtschaftsliberalen USA). Auch China und Russland haben Formen des staatlich gesteuerten Privat- und Staatskapitalismus entwickelt, die ebenso weit von einer „Sozial-ökologischen Transformation“ entfernt sind wie die kapitalistische Marktwirtschaft im globalen Norden. Für eine nachhaltige Marktwirtschaft lassen sich einige **notwendige Rahmenbedingungen** nennen:

Die **Sozialpflichtigkeit des Eigentums** (*Sozialbindung*) bezeichnet nach dem Grundgesetz (Art. 14) einen rechts- und sozialphilosophischen Grundsatz. Trotz einer grundsätzlichen Anerkennung des Privateigentums und einer entsprechenden Verfügungsfreiheit kann gefordert werden, dass der Gebrauch des Privateigentums an den Produktionsmitteln dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen darf bzw. ihm zugutekommen soll. In der Praxis ist oft genug das Gegenteil der Fall: Viele Unternehmen wirtschaften noch immer zu Lasten der Um-, Mit- und Nachwelt.¹³ Insofern ist zu prüfen, ob und inwieweit die Beweislast für die Einhaltung des Art. 14 umgekehrt werden kann: Unternehmen müssen nachweisen, dass ihre Produkte, ihre Produktionsprozesse (über die gesamte Wertschöpfungskette) und ihre Sozialstandards mit dem Gemeinwohl vereinbar sind.

Das **Memorandum fordert sozial-ökologische Leitplanken**, die sicherstellen dass Investitionen zukunftstauglich erfolgen und nur noch Produkte entwickelt werden, die den Kriterien des nachhaltigen Wirtschaftens entsprechen. Weiterhin fordern sie die Stärkung von gemeinnützig orientierten Unternehmen (z.B. genossenschaftlichen und kommunalen Unternehmen sowie die Rekommunalisierung der Unternehmen der Daseinsvorsorge, z. B. durch Rückkauf der Stromnetze). Künftig sollte nichts mehr privatisiert werden, was mit dem staatlichen Gewaltmonopol und der Daseinsvorsorge zu tun hat. Entscheidendes Kriterium für ein nachhaltiges Wirtschaften ist die dauerhaft positive Wirkung auf die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft

Auch dezentrale Wirtschaftsstrukturen müssen in sozial-ökologischer Hinsicht transformiert werden. Eine alleinige „Dezentralisierung des Profits“ reicht nicht aus; sie führt erst dann zu nachhaltigem Wirtschaften, wenn die Qualität von Produktion und Dienstleistungen (z. B. erneuerbare Stromerzeugung oder Förderung der Energieeffizienz) sowie die gemeinwohlorientierte Verwendung des Gewinns sich an der regionalen Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung und hohen Standards der Daseinsvorsorge („Citizen Value“) orientiert.

¹² Binswanger, H. C. (2013): Die Wachstumsspirale. Marburg.

¹³ Mitchell nennt das „parasitäre Externalisierungsmaschinen“, Mitchell, L. E. (2001): Der parasitäre Konzern. München.

V. Vordringliche Handlungsfelder mit Vorreiterfunktion

Für die *Transformation der Volkswirtschaften* zum nachhaltigen Wirtschaften ist es notwendig, sich auf *zentrale Handlungsfelder* zu konzentrieren, die besonders große Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Für diese Handlungsfelder sollte die Politik in den nächsten Legislaturperioden die notwendigen sozial-ökologischen Leitplanken einführen, damit der Transformationsprozess zum nachhaltigen Wirtschaften bis spätestens 2050 abgeschlossen werden kann.

In *Bezug auf alle Dimensionen* muss der sozial-ökologische Transformationsprozess mit Hilfe integrierter Effizienz-, Konsistenz- und Suffizienzstrategien¹⁴ vorangetrieben werden. Hierbei geht es nicht um eine marginale Verbesserung der Umweltqualität, sondern um eine vollständig neue Entwicklung von Produkten und Produktionsprozessen nach den Kriterien und Managementregeln des nachhaltigen Wirtschaftens. Eine besondere Rolle sollte hier die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sustainable Innovations (insb. Social Innovations, Green Innovations) und entsprechendem Unternehmertum (Sustainable Entrepreneurship) spielen. Hierzu gehören u. a. eine nachhaltige Energiepolitik (mit dem Ziel einer 100-Prozent-Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2050 und nachprüfbareren Zwischenzielen wie dem Ausstieg aus der Kohlestromerzeugung bis 2030), eine nachhaltige Mobilitätspolitik (mit dem Ziel einer 100-Prozent-Umstellung mit EE bis 2050), Ressourcennutzungs- und Produktgestaltungspolitik (mit dem Ziel die Ressourcennutzung stetig absolut zu senken, durch Verlängerung der Produktlebenszeiten, Kreislaufwirtschaft, alternative Werkstoffe), Landwirtschafts- und Ernährungspolitik (mit dem Ziel einer 100-Prozent-Ökolandwirtschaft) sowie der nachhaltige Umbau der Städte (mit klimaneutralen Gebäuden bis 2050).

Dabei gilt es, das Gerechtigkeitsprinzip zur Grundlage der Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu machen. Daher fordert das Memorandum ein nationales Programm der Transformation zum nachhaltigen Wirtschaften, das die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (Sustainable Development Goal, SDGs) unterstützt und umsetzt. Insofern ist die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung von 2016 zu überarbeiten und um die notwendigen Instrumentenbündel zur Zielerreichung zu erweitern.

Darüber hinaus geht es auch um wesentliche gesellschaftspolitische Handlungsfelder wie den Ausbau der partizipativen Demokratie, die soziale Sicherheit und Integration, die innere und äußere Sicherheit oder die Beendigung gefährlicher Techniken.

VI. Ein mittelfristiges Forderungs- und Maßnahmenpaket¹⁵

Die Ökologische Dimension

Prinzipien: Nachhaltiges Wirtschaften basiert auf einer Reihe ethischer Prinzipien (z. B. intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit, soziale Verantwortung und Solidarität, Vorsorge, Dauerhaftigkeit). Sozialer und technischer Fortschritt darf sich nur noch innerhalb der natürlichen Tragfähigkeit entwickeln und muss die Einhaltung der Tragfähigkeitsgrenzen durch sozial-ökologische Leitplanken sicherstellen. Im Rahmen des nachhaltigen Wirtschaftens muss die Wirtschaft zum Subsystem natürlicher Kreisläufe werden. Der Erhalt natürlicher und nicht substituierbarer Ressourcen erhält bei Investitionsentscheidungen Priorität und absolute Grenzen der Natur müssen anerkannt werden. Im Mittelpunkt steht die dauerhafte Erhaltung und nicht die Profitmaximierung durch den Verbrauch natürlicher Ressourcen. Hierzu gehören folgende mittel- und langfristige Transformationsschritte:

¹⁴ Eine Effizienzstrategie meint die Senkung der Ressourceninputs durch technische Innovationen, eine Konsistenzstrategie erfordert angepasste und naturnahe Techniken (z.B. erneuerbare Energien), die die Kriterien des nachhaltigen Wirtschaftens entsprechen und eine Suffizienzstrategie basiert auf einer Änderung von Konsum- und Lebensstilen zu Gunsten eines „guten Lebens“ für Alle.

¹⁵ Der folgende Forderungskatalog nimmt bei einigen gekennzeichneten Punkten Bezug auf das „Generationen-Manifest“, das durch Claudia Langer (Utopia) für eine breite Öffentlichkeit im Jahr 2013 initiiert wurde und von über 80.000 UnterzeichnerInnen unterstützt wurde.

1. **Die Dekarbonisierung zum Schutz des Klimas und der Menschheit:** Ein überragendes Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens ist ein Treibhausgas neutrales Leben und Wirtschaften bis 2050. Hierzu könnte der Vorschlag des PIK und J. Rockström¹⁶ aufgenommen werden, den globalen CO₂-Ausstoß alle zehn Jahre zu halbieren. Das ist nur durch massive Energieeffizienzsteigerung, durch den Wandel von Lebensstilen und durch eine 100-Prozent-Versorgung mit erneuerbaren Energien zu erreichen. Als Zwischenziele sind notwendig: ein sozialverträglicher Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 und der anderer fossilen Energien bis 2050. Als Instrumente werden insbesondere die Abschaffung aller nicht nachhaltigen Subventionen (u.a. bei Diesel und im Flugverkehr), Bonus-Malus-Anreizsysteme (z.B. für die Einführung der Elektromobilität und Ausbau des ÖPNV), eine ökologische Steuerreform sowie ordnungsrechtliche Instrumente (z.B. ein Energiespargesetz mit Sanierungspflichten für Gebäude und ein Kohleausstiegsgesetz) und Anreizsysteme für die ökologische Modernisierung des Gebäudebestandes benötigt. Mittelfristig muss hierzu das Zielsystem der Energiewende in einem **Energiewende-Gesetz** verankert werden und zwar sowohl als „grüne“ Energieerzeugungs- als auch als Energiesparwende. Durch Innovationen bei der Energieeffizienz und die Konzentration auf Energieeinsparpotenziale in Unternehmen und Privathaushalten kann die Energiewende zu vertretbaren Kosten für alle Beteiligten gelingen. Mit der Energiewende sind wirtschaftlich große Chancen verbunden, nicht nur für unser Land, sondern auch für Europa und die Welt. Die heutige Generation ist in der Pflicht, eine sichere Energiebasis für kommende Generationen zu schaffen (Generationen-Manifest). Die Energiewende muss in den nächsten Legislaturperioden eine energische Mobilitäts- und Gebäudewende mit einschließen; sie darf sich nicht wie bisher allein auf eine Stromwende verengen. Das setzt voraus, dass das Prinzip „Efficiency First“ (EEA) wirklich ernst genommen und einer Effizienz- und Suffizienzpolitik Vorrang eingeräumt wird.
2. **Die Zerstörung von Artenvielfalt und von Ökosystemen stoppen:** Die Systeme der Land- und Meeresökologie müssen dauerhaft geschützt werden, um die Biodiversität zu erhalten und das schleichende, aber kaum gebremste fatale Artensterben zu stoppen. Die Abwendung der Bedrohung der Meeresökosysteme durch Klimawandel und Versauerung setzt zum Beispiel eine konsequente Realisierung von Reduktionszielen sowie eine strikte Anwendung des Vorsorgeprinzips (u.a. betreffend Fischfangquoten und Verbot von Plastiktüten) voraus. Der Schutz der Artenvielfalt erfordert beim nachhaltigen Management der jeweiligen Sektoren (z. B. Landwirtschaft, Böden, marine Ökosysteme) einen systemischen Ansatz.¹⁷
3. **Erneuerbare und nicht-erneuerbare natürliche Ressourcen schützen:** Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass die Menschheit nicht mehr erneuerbare Ressourcen pro Jahr verbrauchen darf, als neue entstehen. Der Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen muss absolut stetig gesenkt werden. Hierzu bedarf es verschiedener Leitplanken (politisch-rechtliche Instrumente) wie Ressourcensteuern oder Bonus-Malus-Anreizsysteme, die den Verbrauch senken und die Kreislaufwirtschaft fördern. Eine Hinwendung zu einer Bio-Ökonomie ist erforderlich, die auf den innovativen Einsatz nachwachsender Rohstoffe setzt (ohne dabei die Ernährungssicherung in Frage zu stellen!), ressourcenschonend wirtschaftet und nicht-erneuerbare Ressourcen in eine Kreislaufwirtschaft integriert. Ein bislang immer noch unterschätztes Problem stellen die übernutzten Böden dar, das durch eine massive Förderung der ökologischen Landwirtschaft gemindert werden könnte. Gleichzeitig dürfen soziale Fragen (z. B. bei der Preisgestaltung, beim Zugang zu Naturressourcen oder der Ausbeutung von Saisonarbeiter in der Landwirtschaft) nicht vernachlässigt werden.
4. **Minimierung der Risiken für Mensch und Natur durch Schadstoffe und radioaktive Strahlung:** Hierzu muss u.a. in der nächsten Legislaturperiode die Energie- und Mobilitätswende deutliche Fortschritte erreichen, damit bis spätestens 2022 die Beendigung der nuklearen Stromerzeugung und stufenweise bis 2050 der vollständige Ausstieg aus der fossilen Energienutzung sichergestellt wird und auch die Schadstoffimmissionen und die Luftbelastung durch NO_x und Feinstaub minimiert werden.

¹⁶ Rockström, J., et al. (2017): A roadmap for rapid decarbonization. In Science 355 (6331), pp. 1269–1271. DOI: 10.1126/science.aah3443.

¹⁷ Rahmstorf, S. u. Richardson, K. (2016): Wie bedroht sind die Ozeane, in: Wiegandt, Klaus (Hg.): Mut zur Nachhaltigkeit, 12 Wege in die Zukunft, Frankfurt am Main.

Die Ökonomische Dimension

Prinzipien: Sozial-ökologisches (nachhaltiges) Wirtschaften braucht fördernde Rahmenbedingungen, baut auf ethisch-ökologischen Prinzipien auf und setzt insbesondere die Eigentumsbindung am Gemeinwohl in der Unternehmenspraxis um. Mit Hilfe einer konsequent prinzipiengeleiteten Ordnungspolitik (inkl. entsprechender Sanktionierungsmechanismen) sollte ein zielgerichteter Umbau des Wirtschaftssystems in Richtung einer nachhaltigen (sozial-ökologischen) Marktwirtschaft vorangetrieben werden. Dezentrale, kommunale und genossenschaftliche Wirtschaftsaktivitäten können dabei eine besondere Rolle spielen.

Zur Umsetzung nachhaltigen Wirtschaftens sollten die Governance-Strukturen zur Steuerung, Koordination und Förderung auch auf regionaler Ebene verbessert werden. Eine Verbesserung des Haftungsprinzips ist notwendig. Unternehmerische, auch politische Verantwortungsträger sollten für eigene Verfehlungen haftbar gemacht werden können. Shareholder-Value-Maximierung bedeutet bisher eine Maximierung der Eigentümerrendite. Dies ist jedoch in der Regel mit einer Externalisierung von Risiken verbunden. Zudem werden in Unternehmen Nachhaltigkeitsziele nur unzureichend berücksichtigt.

Die Ziele des nachhaltigen Wirtschaftens und die nachhaltigen Managementregeln¹⁸ gilt es wirkungsvoll in den entsprechenden Governance-Strukturen zu verankern und durch entsprechende Vergütungssysteme für Führungs-, aber auch für Fachkräfte zu flankieren. Konkret bedeutet dies, den bestehenden Bonus-Komponenten (Renditeorientierung) auch Malus-Komponenten (Risikoverursachung) gegenüberzustellen. Ebenso sollte die Gesamtvergütung von der Entwicklung konkreter Leistungsindikatoren abhängen. Die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern sollte auf das 20-fache des niedrigsten Vollzeit-Gehalts begrenzt werden.

Hinzu kommen die Anerkennung des Vorsorgeprinzips, der Kreislaufwirtschaft, die Entwicklung „grüner“ Geschäftsfelder und der Rückbau der ökologischen Risikobranchen. Nachhaltiges Wirtschaften wird unterstützt durch eine partizipative, direkte Demokratie einschließlich des Ausbaus der Wirtschaftsdemokratie in Unternehmen.

Von Politik und Wirtschaft müssen wir energischer als bisher verlangen, dass Armut und mangelnde Chancengleichheit überwunden werden. Wenn die Forderung nach Chancengleichheit nicht faktische Ungleichheit verschleiern und legitimieren soll, dann setzt sie mehr Umverteilung voraus. Notwendig ist ein Programm, um das wachsende Auseinanderdriften der Vermögen von Arm und Reich zu stoppen und das Prinzip des lebenslangen Lernens auch für die bisher Ausgegrenzten durchzusetzen. Eine wirkungsvolle und allmählich steigende Lohnuntergrenze wäre ein wesentlicher Schutzwall gegen den sozialen Absturz. Selbstverständlich sollen Besserverdienende und Vermögende einen größeren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten.

All das gelingt nur mit einer gerechteren Steuer- und Finanzpolitik und durch Steuerreformen, die **einen gemeinsamen und integrierten Lösungsbeitrag zu den sozialen und ökologischen Fragen** erbringen. Hierzu gehören folgende mittel- und langfristige Transformationsschritte und Maßnahmen:¹⁹

1. *Umsetzung eines sozialen und ökologischen Investitionsprogramms der öffentlichen Hand:* Mit Hilfe eines Sonderprogrammes des Bundes sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden in der nächsten Legislaturperiode ihre Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung, der Schulen und Hochschulen, der Familien-, Jugendbildungs- und Sozialarbeit sowie der Gesundheits- und Pflegedienste um 20 Prozent zu erhöhen. Das gilt auch für eine geforderte Bildungsoffensive für die digitalisierte Arbeitswelt. Weiterhin sollten in der nächsten Legislaturperiode die folgenden Instrumente eingeführt werden: Gesetzliche Verankerung einer antizyklischen Finanzpolitik; stufenweiser Abbau aller sozial und ökologisch schädlichen Subventionen (insb. für fossile Energieträger); Zukunftsinvestitionsprogramm „Energiewende“ für den Gebäude- und Mobilitätssektor. Dabei ist

¹⁸ <https://www.nachhaltige-oekonomie.de>

¹⁹ S.a. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2017): Memorandum 2017.

bei allen öffentlichen Programmen zu prüfen, ob sie den Transformationsprozess zum nachhaltigen Wirtschaften unterstützen.

2. *Stärkung und Sanierung der Staatsfinanzen und der Handlungsfähigkeit durch eine Reform des Steuersystems zum Abbau sozialer Ungleichheiten und ökologischer Fehlsteuerungen:* Die Staatsfinanzen sollen so saniert werden, dass neue Prioritäten für eine zukunftsgerechtere Ausgabengestaltung gesetzt werden können. Ziel ist es öffentlichen Gestaltungsspielraum für nachhaltige Zukunftsinvestitionen zurückzugewinnen. Denn nur ein finanziell potenter Staat kann Sicherheit, Bildung, Kultur, Forschung und Entwicklung, soziale Absicherung und andere öffentliche Güter wie die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine gesunde Umwelt für alle Bürger sicherstellen (Generationen-Manifest).

Seit vielen Jahren sinkt in Deutschland der Anteil der Steuern auf Kapitalbesitz und auch auf Naturverbrauch²⁰, die die o. g. Fehlsteuerungen verstärken. Dies hat zu Korrekturforderungen durch internationale Institutionen (z. B. OECD, IWF) und sozialen Bewegungen geführt. Wissenschaftliche Studien haben die ökologisch, sozial und wirtschaftlich positiven Ergebnisse einer ausgewogeneren Steuerpolitik und einer ökologischen Steuerreform begründet. In Deutschland hat sich jüngst dazu eine breit aufgestellte gesellschaftliche Initiative (nachhaltige Finanzreform) aus Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden, Kirchen und Unternehmen gebildet.²¹ In der nächsten Legislaturperiode sind sozial und ökologisch steuernde Instrumente einzuführen:

a) *Allgemein:* Der Steuerbetrug ist stärker zu bekämpfen, u. a. indem zugleich auch die Personalnot in den Finanzverwaltungen, insbesondere im Bereich der Betriebsprüfung, durch eine Aufstockung der Beschäftigten entsprechend der Personalbedarfsplanung deutlich reduziert wird. Die ausgeschütteten Gewinne aus der Veräußerung von inländischen Unternehmensbeteiligungen dürfen nicht mehr länger steuerfrei gestellt werden. Der Körperschaftsteuersatz soll von derzeit 15 auf 30 Prozent erhöht werden. Die Gewerbesteuer sollte zu einer Gemeindefinanzsteuer ausgebaut werden; die Kapitaleinkünfte sollen wieder mit dem persönlichen Einkommensteuersatz besteuert werden. Die 2011 beschlossene und immerhin seit 2015 auch erhobene Bankenabgabe muss zur Einführung der Finanztransaktionsteuer weiterentwickelt werden, wie seinerzeit ebenfalls im Grundsatz beschlossen worden ist. Um die Besteuerung von Einkommen gerechter zu gestalten, soll der Tarifverlauf bei der Einkommensteuer (Grenzsteuersatz) oberhalb eines deutlich erhöhten Grundfreibetrages anfangen und durchgehend linear bis zu einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent festgeschrieben werden. Gleichzeitig sollen zahlreiche Abschreibungs- und Absetzungsmöglichkeiten abgeschafft werden. Dazu zählt auch das Ehegattensplitting, das schrittweise abgebaut werden soll. Solange kein vollständiger Abbau erfolgt, sollen wenigstens auch Lebenspartnerschaften in gleichem Maße davon profitieren können.

b) *Ökologisch notwendig:* Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden. Dazu zählen insbesondere die auch sozial ungerechte Steuerprivilegierung von Dienstwagen im Rahmen der Einkommensteuer und der mit 18 Cent subventionierte Dieserverbrauch und die zahlreichen Ausnahmen im Rahmen der Energiebesteuerung, aber auch anderer Abgaben wie Wasserentnahmeentgelt für Kohlekraftwerke. Zudem muss die auch sozial negativ zu bewertende Subventionierung des Luftverkehrs deutlich reduziert werden, kurzfristig durch eine Anhebung der Luftverkehrsteuer, Differenzierung nach Klassen und Ausweitung auf den Frachtverkehr. Auch für den internationalen Flugverkehr soll eine Mehrwertsteuer (wie für Bahn und Bus seit langem bestehen) von 19 Prozent eingeführt werden, was bereits in der Koalitionsvereinbarung 2002 beschlossen wurde.

²⁰ Vgl. <http://www.foes.de/pdf/2016-07-Hintergrundpapier-Steuerstruktur.pdf>

²¹ Vgl. AG Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2017, Kurzfassung, Bremen 2017, <http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/>, <http://www.reichtum-umverteilen.de/>, www.foes.de, <http://www.foes.de/internationales/green-budget-europe/gbe-projekte/cetrie/?lang=de>, <http://www.neweranewplan.com/wp-content/uploads/2016/12/New-Era-New-Plan-Europe-Extax-Report-DEF.compressed.pdf> und vgl. <http://nachhaltige-finanzreform.de/start/>.

Zudem sollen bestehende Energiesteuern in kleinen, vorausschaubaren Schritten über 5-10 Jahre weiter angehoben werden. Das Aufkommen kann zur gleichzeitigen Senkung anderer Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge (insbesondere für niedrige Einkommensschichten) verwendet werden. Konkret können so die Senkung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von derzeit 7 auf 5 Prozent oder/und eine direktere Form eines ggf. erforderlichen sozialen Ausgleichs wie einer Erhöhung des Wohngeldes finanziert werden.

So lassen sich ökologisch und sozial motivierte Reformansätze integrieren und mit finanzieller Nachhaltigkeit verbinden, um zu einer insgesamt nachhaltigen Finanzreform zu gelangen. Alternativ kann im Sinne der Generationengerechtigkeit ein Teil der entsprechenden Steuermehreinnahmen auch für den Abbau der Staatsverschuldung genutzt werden. Das Prinzip der Energiebesteuerung soll zu einer gezielten Besteuerung des Abbaus, Imports oder Verbrauch von Rohstoffen (einschließlich Wasser) ausgeweitet werden. Dieser Ansatz soll auch europa- und weltweit verfolgt werden. Dazu kann die Bundesregierung die Gremien der EU, der G7, der G20, der OECD, der Weltbank, des IWF, der UN, aber auch weltweite Initiativen wie die Carbon Pricing Leadership Coalition (CLCP), das Green Fiscal Policy Network (GFPN) und das europaweite Netzwerk von Green Budget Europe (GBE) nutzen und entsprechende Initiativen anstoßen.

3. *Regulierung der Banken und des Finanzsektors:* Hierzu sollen in der nächsten Legislaturperiode die folgenden Instrumente eingeführt werden: Eine globale Finanztransaktionssteuer (hier sollte die EU eine Vorreiterrolle übernehmen), Nachhaltigkeitskriterien für die Kapitalanlagen, Austrocknung der Steueroasen und Erschwerung der Kapitalflucht. Das Manifest fordert eine Reform und strikte Regulierung der privaten Finanzwirtschaft, die sich an Best-Practice-Beispielen orientiert.²² Banken haben eine dienende Funktion gegenüber der Wirtschaft und den Bürgern, Bankengeschäfte sind kein Selbstzweck.²³ Das Verursacherprinzip muss auch im Finanzsektor zur Geltung gelangen. Das Abwälzen der durch hochriskante Spekulationsgeschäfte entstandenen Schäden auf die Gesellschaft ist nicht akzeptabel. Entlastungsmanövern der Krisenverursacher nach dem Prinzip „too big to fail“ muss durch vorausschauende Antikonzentrations- und Entflechtungspolitik entgegengewirkt werden. Die Folgekosten der Finanzkrisen sind von denjenigen Finanzjongleuren zu tragen, die mit unkalkulierbaren Risiken hohe Gewinne erzielt haben. Die Unterzeichner fordern eine vollständige Transparenz über die konkrete Verwendung anvertrauter Gelder und eine krisensichere Vielfalt von Banken (Generationen-Manifest). Dazu sind die Bonizahlungen deutlich zu reduzieren und zudem die Rückzahlung verpflichtend festzulegen, sofern Verluste bei der Bank in den darauffolgenden 5 - 10 Jahren auftreten.
4. *Aufbau eines nachhaltigkeitsorientierten Finanzsystems:* Wir fordern den massiven Ausbau der Bereiche Sustainable Finance, Sustainable Investments und Sustainable Banking zur zielgerichteten Erschließung des Kapitalmarktes für die Finanzierung von Nachhaltiger Entwicklung (z.B. Energiewende, Sustainable Innovation, Social Entrepreneurship, etc.). Dabei sind sinnvoll: steuerliche Begünstigung für Sustainable Investments, verbindliche Anlagerichtlinien für sämtliche öffentliche Haushalte (inkl. Deutsche Rentenversicherung). Private und öffentliche Finanzinstitute sind auf größtmögliche Transparenz zu verpflichten. Insbesondere die negativen Auswirkungen ihres wirtschaftlichen Handelns müssen berichtspflichtig werden. Die Geldanlage gem. „Magischen Viereck“, das heißt entlang der Dimensionen Rendite, Risiko, Liquidität und Nachhaltigkeit (ESG) ist zum Standard zu erheben. Außerdem ist die Forschung im Bereich nachhaltiges Finanzwesen zu fördern.

²² Genossenschaftlich organisierte Banken haben den Stresstest der Finanzkrise der Jahre 2008 europaweit (mit wenigen Ausnahmen) als einzige der sog. „drei Säulen“ des Bankwesens ohne Staatshilfe überstanden. Diese Erfolge werden in den Regulierungsbemühungen der letzten nahezu zehn Jahre höchst unzureichend berücksichtigt. Hier ist seitens der zuständigen Regierungsorgane und Aufsichtsbehörden ein konsequentes Umdenken dringend geboten. (Popovic, T., Kalff, M. (2015): Eurokrise ohne Ende?, in: Horizonte, Nr. 46 (Oktober 2015), S. 48-53.)

²³ Viele Unterzeichner befürchten das die „systemrelevanten“ Banken ganze Gesellschaften in Geiselschaft nehmen. Deshalb sind die Begrenzung von Bankenmacht und die Trennung von Investment- und Geschäftsbanken notwendig.

5. *Ausrichtung und Steuerung des „Arbeitsmarkts“ nach den Bedürfnissen der Beschäftigten*, hierzu sollen in der nächsten Legislaturperiode folgende Maßnahmen eingeführt werden: schrittweise Erhöhung des Mindestlohns; Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes und Entwicklung von neuen Formen der Wirtschaftsdemokratie; Stärkung der Stellung von Gewerkschaften und Beschäftigten im Betriebsverfassungsgesetzes; Aufbau von Institutionen und Fonds für vorsorgende ökologische Industrie- und Beschäftigungspolitik; Stärkung einer „polyzentrischen Governance“ für regionale sozial-ökologische Transformationsprozesse und für eine vorausschauenden Sicherung und Schaffung neuer ökologischer Geschäftsfelder; Beschränkung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Sollte die Digitalisierung der Wirtschaft sehr viele Arbeitsplätze abbauen, die durch die Investitionen im Transformationsprozess nicht ausgeglichen werden, muss auch eine weitere Arbeitszeitverkürzung mit teilweisem Lohnausgleich geprüft werden und die Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit (z. B. durch eine Qualifizierungsoffensive) mit Nachdruck vorangetrieben werden.
6. *Grundlegende Reform des Aktienrechts sowie der Geld-, Finanz- und Währungspolitik*. Hierbei ist zu prüfen wie mittelfristig der Wachstumszwang und das Gewinnmaximierungsprinzip gemindert werden. Zum Beispiel erscheint eine (Wieder-) Aufteilung der Aktien in Namensaktien und Inhaberaktien oder die Umwandlung von Aktiengesellschaften in Stiftungen zielführend. Auch die Vor- und Nachteile eines Vollgeldsystems - basierend auf den u. a. von Joseph Huber entwickelten Ansätzen als Alternative zum bestehenden Giralgeldsystem (vgl. entsprechende Volksabstimmung in der Schweiz) - ist zu prüfen.

Die Sozial-kulturelle Dimension

Prinzipien: Intoleranz, Hass und Gewalt gegen Menschen mit anderer Hautfarbe, anderer Religion oder anderen sexuellen Neigungen gesellschaftlich ächten; Solidarität und Menschenwürde in den Mittelpunkt stellen; die natürliche Lebensgrundlage für alle und einen auskömmlichen Lebensunterhalt sichern.

Zu fordern ist weithin ein Recht auf Beteiligung und Mitsprache. Bürgerinnen und Bürger wollen sich aktiver an Entscheidungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beteiligen. Wenn Politik Demokratie nicht gefährden will, muss sie begründen und vermitteln, was sie tut und warum. Politiker müssen dafür ihre Elfenbeintürme verlassen, den ernstgemeinten Diskurs mit den Bürgern suchen und auf dieser Basis Entscheidungen treffen. Die Wähler sich auf Politiker verlassen können (Generationen-Manifest). Hierzu gehören folgende mittel- und langfristige Transformationsschritte:

1. *Sicherung menschenwürdiger Standards für alle z. B. bei Krankheit, Alter, Pflege, Arbeitslosigkeit durchsetzen (Stichpunkte: Bürgerversicherung; menschenwürdige Standards in einer Präambel oder in den einzelnen Büchern des Sozialgesetzbuches verankern).*
2. *Bildung und Ausbildung für jeden/Bildung für nachhaltiges Wirtschaften fördern:* Wir fordern eine umfassende bundeseinheitliche Reform des Schul- und Ausbildungssystems, denn Bildung ist die effektivste, sozialste und wirtschaftlichste Form der Zukunftssicherung und der Treibstoff unserer Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und schafft das Innovationspotenzial für unser Land. Alle Menschen müssen unabhängig von ihrem Einkommen und dem Einkommen ihrer Eltern gleiche Zugangs- und Aufstiegschancen im Bildungssystem erhalten. Lehrpläne, Unterrichtsformen und Notensysteme der Vergangenheit müssen überprüft und so gestaltet werden, dass die Lust am Lernen, die Leistungsbereitschaft und die Talente von Jugendlichen in ihrer Vielfalt gefördert werden. Schule muss ein Ort der Begeisterung, der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Entfaltung individueller Potentiale werden und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Denn die werden gewaltig sein (Generationen-Manifest). Bildung für nachhaltiges Wirtschaften muss dauerhaft in Lehrplänen, Curricula, den Hochschulen und der Berufsausbildung sowie im berufs begleitenden Lernen verankert werden.
3. *Chancengleichheit der Geschlechter hinsichtlich Einkommen, beruflicher Stellung und gesellschaftlicher Teilhabe:* Alle Formen der Diskriminierung, der Gewalt gegen Frauen und Mädchen und in-

akzeptable Praktiken wie die Genitalverstümmelung sind zu beenden. Weiterhin ist das Prinzip „Gleiche Einkommen für gleiche Arbeit“ endgültig durchzusetzen.

4. *Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund.* Ein Leitprinzip ist hierbei das inklusive lebenslange Lernen.
5. *Einstieg in die Reform der Finanzierung des Gesundheitssystems und der Alterssicherung.* Hierzu sollte in der nächsten Legislaturperiode eine Bürgerversicherung für alle eingeführt werden.

Dieses Manifest wirbt für einen radikalen und langfristigen gesellschaftlichen Umbau – für eine sozial-ökologische Gestaltung der Transformation, die durch die Globalisierung der Märkte und die Digitalisierung der Welt vorangetrieben wird - zum nachhaltigen Wirtschaften mit zukunftsfähigen Produkten und Produktionsverfahren sowie gerechten Gesellschaftsstrukturen. Ein erfolgreicher Umbau kann zur Leitidee für einen neuen umwelt- und sozial verträglichen Fortschritt werden.

Der Transformationsprozess benötigt Zeit, eine Stärkung von Politik, Solidarität, Partizipation, Partnerschaft und einen verantwortlichen Umgang mit Freiheit. Weiterhin erfordert eine gesellschaftliche Transformation eine Fortentwicklung der Demokratie und einen gestaltenden Staat, der richtungssichere sozial-ökologische Leitplanken für eine nachhaltige Entwicklung setzt.

Die Zeit für eine Wende ist da, aber sie wird knapp.

Wir brauchen die sozial-ökologische Transformation nicht in ferner Zukunft, sondern sie muss heute mit energischeren Schritten umgesetzt werden als es bisher der Fall ist. Die ökonomischen Fachdisziplinen tragen hierfür eine besondere Verantwortung.